Niederschrift

über die 6. Sitzung des Kreisausschusses am 16.09.2010

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Pusch, Stephan, Hückelhoven

Die Kreisausschussmitglieder:

Caron, Wilhelm Josef, Wassenberg
Dahlmanns, Erwin, Gangelt
Derichs, Ralf, Erkelenz
Gassen, Guido, Hückelhoven, als Vertreter
für Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven
Jüngling, Liane, Übach-Palenberg
Lenzen, Stefan, Heinsberg
Meurer, Maria, Erkelenz
Müller, Silke, Geilenkirchen, als Vertreterin
für Meurer, Dieter, Heinsberg
Paffen, Wilhelm, Heinsberg
Reyans, Norbert, Selfkant
Schlößer, Harald, Erkelenz
Dr. Schmitz, Ferdinand, Wegberg
Schreinemacher, Walter Leo, Heinsberg
Stock, Michael, Wegberg
Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht

Es fehlen:

Dr. Kehren, Hanno, Hückelhoven*
Meurer, Dieter, Heinsberg*
* entschuldigt

Von der Verwaltung:

Kreisdirektor Deckers
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Preuß
Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Schöpgens
Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin Machat
Ltd. Kreisrechtsdirektor Nießen
Kreisverwaltungsdirektor Kremers
Kreisoberrechtsrätin Ritzerfeld
Kreisrechtsrat Schneider
Kreisamtmann Moll
Rechtspraktikantin Stoffels

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Der Kreisausschuss des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Punkte der Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

1. Ausschussergänzungswahlen
2. Ermächtigungsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2009
3. Umsetzung des Konjunkturpaketes II
4. Beteiligung des Kreises Heinsberg an dem Projekt „Regionales Gewerbeflächenmonitoring in der Region Aachen“
5. Neuorganisation der Aufgaben nach dem 2. Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
6. Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion betr. Vorlage eines Nachtragshaushaltsplans
7. Antrag nach § 5 GeschO der FDP-Fraktion betr. „Runder Tisch für die Schulentwicklungsplanung“
8. Antrag nach § 5 GeschO der CDU-Fraktion betr. „Moderation der kreisweiten Schulentwicklungsplanung“
9. Bericht des Landrats
- Anfrage der GRÜNE-Fraktion betr. „Kerosinunfall auf dem AWACS-Flugplatz“

Nichtöffentliche Sitzung:

10. Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in der Gemarkung Saeffelen für straßenbauliche Zwecke

11. Vergabe eines Auftrages zur Erstellung des Antrages auf Anerkennung als alleiniger Träger nach § 6 a SGB II (Optionskommune) in Verbindung mit der Kommunalträgereignungsfeststellungsverordnung – KtEfV – vom 12.08.2010

12. Genehmigung von Dienstreisen

13. Bericht des Landrats

Vor Eintritt in die Beratung stellt Landrat Pusch die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 1:

Ausschussergänzungswahlen

Frau Vera Sarasa, die bislang stellvertretende sachkundige Bürgerin im Rechnungsprüfungsausschuss war, hat mit Wirkung vom 20.07.2010 mitgeteilt, dass sie dieses Amt niedergelegt.

Herr Roger Schröder, der bislang sachkundiger Bürger im Finanzausschuss war, hat mit Wirkung vom 31.07.2010 mitgeteilt, dass er dieses Amt niederlegt.

Nach § 35 Abs. 3 Satz 7 KrO wählen die Kreistagsmitglieder im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Die UB-UWG-Fraktion hat für den Rechnungsprüfungsausschuss Herrn Michael Frings als stellvertretenden sachkundigen Bürger (als Vertreter für Herrn Sascha Mattern) vorgeschlagen und für den Finanzausschuss Herrn Thomas Nelsbach als sachkundigen Bürger; Vertreter soll hier wie bisher Herr Karl-Peter Thomassen bleiben.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, den Neubesetzungen in den vorgenannten Gremien zuzustimmen.

Landrat Pusch hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Tagesordnungspunkt 2:

Ermächtigungsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2009

Gemäß § 22 Abs. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) ist dem Kreistag eine Übersicht der Ermächtigungsübertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Für die Veranschlagung im Haushaltsplan gilt nach § 79 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) der Grundsatz der Jährlichkeit. Der Haushaltsplan hat danach im Ergebnisplan die im Haushaltsjahr durch die Erfüllung der Aufgaben entstehenden Aufwendungen und entsprechend im Finanzplan die zu leistenden Auszahlungen auszuweisen. Mit dem Ende des Haushaltsjahres entfällt die Ermächtigung, aus den Haushaltspositionen heraus noch Aufwendungen entstehen zu lassen oder Auszahlungen zu leisten. Die Ermächtigungsübertragung durchbricht den Grundsatz dieser zeitlichen Bindung.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes lässt sich nicht immer mit Gewissheit übersehen, ob die veranschlagten Ermächtigungen für Vorhaben, die sich über das Haushaltsjahr hinaus erstrecken, bis zum Ende des Haushaltsjahres wie geplant in Anspruch genommen werden können. Die zügige Durchführung solcher Vorhaben könnte gefährdet werden, wenn zur weiteren Inanspruchnahme der Ermächtigungen diese erst neu im Haushaltsplan veranschlagt werden müssten.

Durch § 22 GemHVO NRW ist daher die Möglichkeit geschaffen worden, Aufwendungs- und Auszahlungsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr im Sinne einer flexiblen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu übertragen. Diese Vorgehensweise ist im kamerale Haushalt mit der Bildung von Haushaltsresten vergleichbar. Weil die Arbeiten am Jahresabschluss 2009 noch andauern, sollen hiermit die vorgesehenen Übertragungen vorab dem Kreisausschuss und dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden.

Im Gegensatz zur kamerale Vorgehensweise jedoch belasten die Ermächtigungsübertragungen wirtschaftlich das neue Haushaltsjahr. Die vorgesehenen Ermächtigungsübertragungen erfolgen im Jahresabschluss. Bei einer Übertragung führen sie daher zu einer unmittelbaren Veränderung der betroffenen Haushaltspositionen im Ergebnis- bzw. Finanzplan 2010, der vom Kreistag beschlossen worden ist.

Im Aufwandsbereich wurden insgesamt Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 345.103,88 € festgesetzt. Des Weiteren wurden Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen (Baumaßnahmen und andere Investitionen) in Höhe von 5.255.552,92 € gebildet.

Um die gesetzlich bestimmte Anforderung an den Haushaltsausgleich zu erfüllen, wird im Jahresabschluss 2009 für die übertragenen Aufwandsermächtigungen eine Deckungsrücklage gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO NRW als Bestandteil der Allgemeinen Rücklage ausgewiesen. Mit dieser Bestimmung wird dokumentiert, in welchem Volumen Teile des Eigenkapitals durch Ermächtigungen des alten Haushaltsjahres für Aufwendungen der folgenden

Haushaltsjahre eingesetzt werden. Hierbei handelt es sich um eine Verschiebung aus der „Allgemeinen Rücklage“ in die „Deckungsrücklage“. Die Deckungsrücklage wird entsprechend der Inanspruchnahme oder mit Ablauf der Verfügbarkeit der Ermächtigungen aufgelöst. Auswirkungen auf die Kreisumlage entstehen somit nicht. Beim Kreis Heinsberg wird folglich eine Deckungsrücklage in Höhe von 345.103,88 € gebildet.

Eine Gesamtübersicht der übertragenen Ermächtigungen mit den entsprechenden Begründungen war den Erläuterungen zur Kreisausschusssitzung als Anlage 1 beigelegt.

Entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig, die vorgesehenen Übertragungen zur Kenntnis zu nehmen.

Tagesordnungspunkt 3:

Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Kreistag und Kreisausschuss des Kreises Heinsberg haben sich zuletzt in ihren Sitzungen am 11.05. bzw. 29.04.2010 mit der Umsetzung des Konjunkturpaketes II befasst. Seinerzeit wurde beschlossen, statt der vorgesehenen Breitbandverkabelung, die aus rechtlichen Gründen nicht zur Ausführung gelangen konnte, die energetische Sanierung des Kreishauses um die Erneuerung und Sanierung der Lüftungsanlage mit voraussichtlichen Kosten von 435.000 € zu erweitern. Über die ebenfalls vorgeschlagene Maßnahme, Lärmsanierungen an Kreisstraßen vorzunehmen, wurde noch keine abschließende Entscheidung getroffen, um die Kostenentwicklung bei den laufenden Maßnahmen abzuwarten.

Die Verwaltung hat die Gesamtmaßnahmen zwischenzeitlich noch einmal überprüft und mit allen Fachämtern abgestimmt. Im Vordergrund stand dabei das Anliegen, die bewilligten Konjunkturpaket II-Mittel vollständig und sachgerecht zu verwenden.

Nach dem Stand vom 23.07.2010 waren im Investitionsschwerpunkt „Bildung“ noch Mittel in Höhe von 46.165,79 € und im Investitionsschwerpunkt „Infrastruktur“ noch Mittel in Höhe von 455.171,00 € nicht verplant. Um sicherzustellen, dass die im Rahmen des Konjunkturpaketes II bereitgestellten Mittel vollständig genutzt bzw. verausgabt werden, bedarf es einer ergänzenden Beschlussfassung durch den Kreistag. Hierzu werden nachfolgende Vorschläge unterbreitet:

1. Wie bereits in der Sitzung des Bauausschusses am 14.07.2010 berichtet, haben zwischenzeitliche Untersuchungen hinsichtlich der vom Kreistag beschlossenen energetischen Sanierung der auf dem Schulgrundstück des Berufskollegs Erkelenz vorhandenen Doppeltturnhalle ergeben, dass die dortige raumluftechnische Anlage erheblich überdimensioniert ist und unwirtschaftlich arbeitet. Auf Vorschlag der Verwaltung hat der Bauausschuss sein Einverständnis erklärt, diese Anlage durch eine Deckenstrahlheizung zu ersetzen und die Finanzierung über die für eine Sanierung des Flachdaches auf dem Gebäude „Westpromenade“ des Berufskollegs Erkelenz (Ziffer 7 der Prioritätenliste) vorgemerkten 60.000 € vorzunehmen. Lt. Kreistagsbeschluss sollte die Sanierung des Flachdaches nur dann erfolgen, wenn nach Durchführung der übrigen Maßnahmen entsprechende Restmittel verbleiben.
Auf der Grundlage des aktuellen Abrechnungsstandes spricht sich die Verwaltung dafür aus, beide Maßnahmen zu realisieren. Die energetische Erneuerung des Flachdaches am Berufskolleg Erkelenz mit einem Kostenaufwand von 60.000 € sollte im Rahmen des Investitionsschwerpunktes „Bildung“, die Installation einer Deckenstrahlheizung in der vorhandenen Doppeltturnhalle am Berufskolleg Erkelenz mit einem Kostenaufwand von ebenfalls 60.000 € im Rahmen des Investitionsschwerpunktes „Infrastruktur“ durchgeführt werden.
2. Wie bereits in der Sitzung des Kreistages am 11.05.2010 erörtert, besteht die Absicht, mit den noch verfügbaren Konjunkturpaket II-Mitteln eine Lärmsanierung an Kreisstraßen vorzunehmen.

Nach den Vorgaben des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes sowie des Investitionsförderungsgesetzes NRW sind Lärmsanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen im Rahmen des Konjunkturpaketes II förderfähig. Voraussetzung für die Aufnahme in die Förderung ist u. a., dass eine schalltechnische Bewertung der betroffenen Streckenabschnitte zu dem Ergebnis führt, dass die maßgebenden Lärmpegel von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts gemäß FAQ-Liste der Landesregierung (Stand: 12.05.2010) durchweg überschritten werden. Maßgebend für die Streckenauswahl ist im Wesentlichen der Zustand der vorhandenen Fahrbahndecke in Bezug auf lärmerzeugende Oberflächeneigenschaften, wie z. B. Ausmagerung des Asphaltbetons, Ausbrüche und Flickstellen.

Bei den drei von der Verwaltung priorisierten Streckenabschnitten handelt es sich um folgende Maßnahmen:

1.	Kreisstraße K 4 Ortsdurchfahrt Straeten/Waldhufenstraße, Länge: 2.445 m	Kosten: 240.000,00 €
2.	Kreisstraße K 17 Ortsdurchfahrt Gangelt/Luisenring, Länge: 1.019 m	Kosten: 120.000,00 €
3.	Kreisstraße K 4 Ortsdurchfahrt Hontem/Anton-Laumen-Straße Länge: 695 m	Kosten: 80.000,00 €

Bei den Streckenabschnitten handelt es sich um Ortsdurchfahrten, die durch beidseitige Bebauung geprägt sind. Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte im Wesentlichen nach den Kriterien der Großflächigkeit (Länge > 500 m) sowie der Charakteristik der angrenzenden Bebauung (Abstand, Geschlossenheit).

- Die nach jetzigem Abrechnungsstand bestehende Differenz zwischen den Restmitteln des Konjunkturpaketes II (46.165,79 € + 455.171,00 € = 501.336,79 €) und den vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (60.000 € + 60.000 € + 440.000 € = 560.000 €) in Höhe von 58.663,21 € ist ggf. über den allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Für den Fall, dass durch Einsparungen weitere Restmittel aus dem Konjunkturpaket verbleiben, sollten die Mittel im Rahmen der Sanierung des Kreishauses zur Finanzierung neuer Bodenbeläge verwendet werden. Dies sollte insbesondere auch für die Mittel gelten, die zur Erneuerung der Heizzentrale des Kreishauses (180.000 €) vorgemerkt und im Falle einer Fernwärmeversorgung durch eine noch zu gründende Betreibergesellschaft möglicherweise freigesetzt würden. Eine abschließende Entscheidung hierzu ist für Ende September zu erwarten.

Die Verwaltung hat dem Kreisausschuss und Kreistag ursprünglich empfohlen, die Mittelverwendung entsprechend den Vorschlägen zu Ziffer 1 – 3 zu beschließen.

In der Sitzung des Kreisausschusses teilt Landrat Pusch mit, dass für die unter Ziffer 1 der Erläuterungen angesprochene Sanierung des Flachdaches auf dem Gebäude „Westpromenade“ des Berufskollegs Erkelenz inzwischen eine detaillierte Planung und Kostenberechnung vorliege. Anstelle des auf einer Kostenschätzung basierenden Betrages

von 60.000 € müsse danach von Kosten in Höhe von 76000 € ausgegangen werden. Der unter Ziffer 3 genannte Betrag, der über den allgemeinen Haushalt zu finanzieren sei, würde sich hierdurch auf 74.663,21 € erhöhen.

Die SPD-Fraktion beantragt in der Sitzung des Kreisausschusses, die Maßnahme unter Ziffer 2.3 die K4 betreffend zurückzustellen, damit keine Mittel des allgemeinen Haushalts beansprucht werden.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig (bei 1 Enthaltung) folgende Mittelverwendung:

1. Die energetische Erneuerung des Flachdaches am Berufskolleg Erkelenz mit einem Kostenaufwand von 76.000 € wird im Rahmen des Investitionsschwerpunktes „Bildung“, die Installation einer Deckenstrahlheizung in der vorhandenen Doppelturnhalle am Berufskolleg Erkelenz mit einem Kostenaufwand von 60.000 € im Rahmen des Investitionsschwerpunktes „Infrastruktur“ durchgeführt.

2. Lärmsanierungen an Kreisstraßen:

1.	Kreisstraße K 4 Ortsdurchfahrt Straeten/Waldhufenstraße, Länge: 2.445 m	Kosten: 240.000,00 €
2.	Kreisstraße K 17 Ortsdurchfahrt Gangelt/Luisenring, Länge: 1.019 m	Kosten: 120.000,00 €

3. Für den Fall, dass durch Einsparungen weitere Restmittel (Die nach jetzigem Abrechnungsstand bestehende Differenz zwischen den Restmitteln des Konjunkturpaketes II (46.165,79 € + 455.171,00 € = 501.336,79 €) und den vorgesehenen Investitionsmaßnahmen (76.000 € + 60.000 € + 360.000 € = 496.000 €) in Höhe von 5.336,79 € macht eine Finanzierung aus dem allgemeinen Haushalt nicht erforderlich.) aus dem Konjunkturpaket verbleiben, werden die Mittel zunächst für die Lärmsanierung der unter Ziffer 2.3 des Verwaltungsvorschlags aufgeführte Ortsdurchfahrt der K4 in Waldfeucht-Hontem sowie ggf. darüber hinaus im Rahmen der Sanierung des Kreishauses zur Finanzierung neuer Bodenbeläge verwendet. Dies gilt insbesondere auch für die Mittel, die zur Erneuerung der Heizzentrale des Kreishauses (180.000 €) vorgemerkt und im Falle einer Fernwärmeversorgung durch eine noch zu gründende Betreibergesellschaft möglicherweise freigesetzt würden.

Tagesordnungspunkt 4:

Beteiligung des Kreises Heinsberg an dem Projekt „Regionales Gewerbeflächenmonitoring in der Region Aachen“

Der Kreisausschuss des Kreises Heinsberg hat am 16.06.2009 beschlossen, sich für 2009 erneut an dem Projekt der AGIT „Regionales Gewerbeflächenmonitoring in der Region Aachen“ zu beteiligen.

Bei dem Gewerbeflächenmonitoring handelt es sich um eine systematische und kontinuierliche Beobachtung von Gewerbeflächenbestand, -entwicklung und -veräußerungen. Ziel ist es, eine größere Transparenz auf dem Gewerbeflächenmarkt zu schaffen, die sowohl der Vermarktung als auch der Planung und Entwicklung von Gewerbestandorten zu Gute kommt.

Vorbild für das Aachener Vorhaben ist und war das Monitoringsystem in der niederländischen Provinz Limburg, welches die Entwicklung aller Gewerbegebiete in Limburg unter besonderer Beobachtung der jährlichen Flächenveräußerungen sowie der Planungs-, Bestands- und Preisentwicklung verfolgt.

Das von der Landesregierung NRW geförderte Pilotvorhaben „Gewerbeflächenmonitoring in der Region Aachen“ wurde Ende 2005 nach dreijähriger Laufzeit abgeschlossen. Nachdem diesem Projekt sehr viel Anerkennung zu Teil wurde, hat sich der Kreis Heinsberg auch in den Jahren 2006 bis 2009 an den Kosten für die Fortsetzung der Maßnahme beteiligt.

Die AGIT hat nunmehr mit Schreiben vom 19.07.2010 um Bezuschussung zur Weiterführung des Projektes gebeten. Entsprechende Haushaltsmittel stehen zu Verfügung. Erforderlich sind hierfür laut AGIT im Jahre 2010 Mittel in Höhe von 4.500,00 €.

Es wäre sinnvoll, nunmehr einen generellen Beschluss über die Beteiligung an dem Gewerbeflächenmonitoring zu treffen, um nicht in jedem Jahr einen Einzelbeschluss fassen zu müssen.

Die Verwaltung schlägt vor, die Beteiligung des Kreises Heinsberg an dem Projekt „Regionales Gewerbeflächenmonitoring in der Region Aachen“ über das Jahr 2009 hinaus fortzusetzen und jährlich die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

In der Sitzung des Kreisausschusses beantragt die SPD-Fraktion, den generellen Beschluss über die Beteiligung an dem Gewerbeflächenmonitoring auf die Dauer der Wahlperiode zu beschränken. Der Kreisausschuss folgt diesem Antrag durch einstimmige Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 5:

Neuorganisation der Aufgaben nach dem 2. Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)

Der Bundesrat hat am 09.07.2010 dem Gesetzpaket zur Reform des SGB II zugestimmt. Damit sind die gesetzlichen Voraussetzungen für die Entfristung der bestehenden Optionskommunen und die Ausweitung auf künftig 110 Optionskommunen geschaffen. Die bisherigen ARGEen werden durch gemeinsame Einrichtungen abgelöst. Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung kann es ab dem Jahr 2011 nicht mehr geben. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 29.06.2010 beschlossen, die Verwaltung möge ein Konzept erarbeiten, das die beiden möglichen Alternativen „besondere Einrichtung“ nach § 6 a SGB II (Optionsmodell) und „gemeinsame Einrichtung“ gemäß § 44 b SGB II für das Gebiet des Kreises Heinsberg beschreibt und die zu erwartenden Vor- und Nachteile sowie die voraussichtlichen Kosten beider Organisationsformen vergleicht. Über die endgültige Organisationsform soll dann in der Sitzung des Kreistages am 23.09.2010 endgültig entschieden werden.

Die Beantwortung der Frage, ob der Kreis Heinsberg zukünftig als alleiniger Träger (Optionskommune) oder in Fortsetzung der bisherigen ARGE zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit in einer gemeinsamen Einrichtung die Aufgaben nach dem SGB II wahrnehmen will, stellt eine grundsätzliche Entscheidung mit weit reichenden Folgen dar. Deshalb hat die Verwaltung sich kurzfristig entschlossen, die Firma Ramboll Management Consulting GmbH Deutschland mit der Erstellung eines Gutachtens zu den beiden Organisationsformen zu beauftragen. Erste Ergebnisse dieses Gutachtens wurden den Fraktionsvorsitzenden der im Kreistag vertretenen Parteien am 18.08.2010 vorgestellt. Der Entwurf des Gutachtens war der Einladung zur Fachausschusssitzung als Anlage 1 beigelegt. Die Firma Ramboll kommt darin zu dem Ergebnis, dass aus fachlichen Gründen die Zulassung als Optionskommune für den Kreis Heinsberg nicht auszuschließen und aus finanzieller Sicht eine Option realistisch ist, da die Ausgaben von den Einnahmen gedeckt werden und die finanziellen Risiken kalkulierbar sind. Die Entscheidung, ob ein Antrag auf Anerkennung als alleiniger Träger gestellt wird, hängt jedoch maßgeblich von der Beantwortung zweier strategischer Fragen ab:

1. Will der Kreis Heinsberg zukünftig eine noch aktivere Rolle bei der Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik übernehmen?
2. Ist der Kreis Heinsberg bereit, die alleinige politische Verantwortung für die Umsetzung des SGB II zu tragen.

Ein Vertreter der Firma Ramboll hat das Gutachten in der Sitzung des Fachausschusses ausführlich dargestellt.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 08.06.2010 hatte die Verwaltung die beiden Organisationsmodelle detailliert beschrieben und den Ausschussmitgliedern vorgeschlagen, dem Kreisausschuss und den Kreistag zu empfehlen, in Fortführung der bisherigen ARGE eine gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II zu gründen. Da zum damaligen Zeitpunkt lediglich Gesetzentwürfe zur Neuorganisation der Aufgaben nach dem SGB II vorlagen, hatte der Fachausschuss keine Empfehlung an den

Kreisausschuss und Kreistag ausgesprochen und auf das zunächst abzuschließende Gesetzgebungsverfahren verwiesen. Herr Landrat Pusch hatte sodann in der Kreisausschusssitzung am 22.06.2010 auf die aktuelle Entwicklung, die für die Ausübung der Option spreche, verwiesen und die unmittelbare Beratung der Thematik im Kreistag vorgeschlagen. Auch die Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz hat sich in ihrer Sitzung am 23.06.2010 nicht grundsätzlich gegen eine Option ausgesprochen, allerdings noch weitergehenden Informationsbedarf geltend gemacht.

Nach Auffassung der Verwaltung gibt es eine Reihe von Vor- und Nachteilen für beide Organisationsformen. Diese wurden in einer Dienstbesprechung mit den Sozialdezernenten/Beigeordneten der kreisangehörigen Kommunen, in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz und auch gegenüber den im Kreistag vertretenen Fraktionen dargestellt. Ebenso wie der beauftragte Gutachter ist die Verwaltung nunmehr davon überzeugt, dass

- für die Empfänger von Leistungen nach dem SGB II die alleinige Aufgabenwahrnehmung aus fachlicher Sicht wenige Risiken birgt,
- die Verwaltungskosten (Personal-, Sach- und Gemeinkosten) der alleinigen Trägerschaft durch die Erstattungsregelungen der Kommunalträger-Abrechnungsverwaltungsvorschrift – KoA-VV gedeckt werden,
- das finanzielle Risiko durch weitreichende Haftungsregelungen ohne Beschränkung auf Vorsatz und Fahrlässigkeit zumindest im Bereich der Eingliederungsleistungen durch einen speziellen bundesweit anzuwendenden Instrumentenkasten zum SGB II erheblich reduziert ist,
- die Umstellungskosten mit ca. 500.000 € deutlich geringer sind als zunächst angenommen.

In einer neuerlichen Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz am 01.09.2010, in der u.a. auch die Fraktionsvorsitzenden zugegen waren, haben die Bürgermeister eine kritische Haltung eingenommen und die Ausübung der Option abgelehnt.

Die Verwaltung hat dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorgeschlagen, dem Kreisausschuss und dem Kreistag zu empfehlen, die Verwaltung zu beauftragen, einen Antrag auf Zulassung als alleiniger Träger nach § 6 a SGB II beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zu stellen.

Aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs in den Fraktionen hat der Ausschuss für Gesundheit und Soziales in seiner Sitzung einvernehmlich von einer Beschlussempfehlung Abstand genommen und überlässt die Entscheidung dem Kreisausschuss bzw. Kreistag.

In der Sitzung des Kreisausschusses bringen die Vertreter der Fraktionen ihre unterschiedlichen Positionen zum Ausdruck. Hiernach votieren die Vertreter der CDU, SPD und GRÜNEN für das Optionsmodell, die UB-UWG äußert Bedenken hiergegen und innerhalb der FDP besteht noch Beratungsbedarf.

Auf Antrag der CDU-Fraktion empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag mehrheitlich (bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung), folgenden modifizierten Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt,

- a) dass der Kreis einen Antrag auf Zulassung als alleiniger Träger nach § 6 a SGB II beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW stellt,

- b) dass über das zugeteilte Gesamtbudget für Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten hinaus keine zusätzlichen Kreismittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für Personalaufstockungen bereitgestellt werden. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Verwaltungskosten bleibt unberührt, sofern die rechtlichen Voraussetzungen hierfür eröffnet bleiben.

Tagesordnungspunkt 6:

Antrag nach § 5 GeschO der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion betr. Vorlage eines Nachtragshaushaltsplans

Es wird auf den der Einladung als Anlage 2 beigefügten Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNE-Fraktion vom 24.08.2010 verwiesen.

Landrat Pusch führt in der Sitzung aus, dass eine rechtliche Verpflichtung zum Erlass einer Nachtragssatzung nicht bestehe. Zudem hätten sich im Laufe des Jahres Verbesserungen ergeben, die weitergehende Einsparungen - jedenfalls zur Erreichung der gesetzten Ziele - entbehrlich machten. Er stellt klar, dass es sich bei der von der Verwaltung erarbeiteten Listen ganz überwiegend um eine Zusammenstellung freiwilliger bzw. der Höhe nach disponibler Leistungen handele, die theoretisch Einsparpotential böten. Es handele sich also dabei nicht um konkrete Einsparvorschläge der Verwaltung. Einsparungen in den genannten Bereichen bedürften zwangsläufig einer vorangehenden Beschlussfassung in den politischen Gremien, sofern den Mittelgewährungen - was überwiegend der Fall sei - Beschlüsse der Gremien zugrunde lägen.

Im Anschluss daran entwickelt sich eine rege Diskussion. Nach Schluss der Beratung lehnt der Kreisausschuss den Antrag mehrheitlich (bei 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung) ab.

Tagesordnungspunkte 7 und 8:

Antrag nach § 5 GeschO der FDP-Fraktion betr. „Runder Tisch für die Schulentwicklungsplanung“ /

Antrag nach § 5 GeschO der CDU-Fraktion betr. „Moderation der kreisweiten Schulentwicklungsplanung“

Es wird auf die der Einladung als Anlagen 3 und 4 beigefügten Anträge der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion vom 02.09.2010 verwiesen.

Die beiden Anträge werden in der Sitzung einvernehmlich gemeinsam beraten. Die Vertreter der CDU- und der FDP-Fraktion schlagen nach entsprechender Verständigung im Vorfeld der Sitzung folgende Beschlussfassung vor:

Der Landrat lädt zur Moderation der kreisweiten Schulentwicklungsplanung die Städte und Gemeinden zu einem „Runden Tisch für die Schulentwicklungsplanung“ ein. Dieser Runde Tisch tritt nach Bedarf zusammen und besteht pro Kommune aus jeweils einem Vertreter der Politik und der Verwaltung.

Der Kreisausschuss stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Tagesordnungspunkt 9:

Bericht des Landrats

Landrat Pusch teilt Folgendes mit:

„a) Regionales Bildungsnetzwerk

Im Rahmen der Vorstellung des Schulentwicklungsplanes wurde der Kooperationsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Kreis Heinsberg zur Durchführung der „Entwicklung/ Weiterentwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion Heinsberg“ unterzeichnet. Der Vertrag bestimmt, dass die Kooperation zum 01.08.2010 beginnt. Auf der Grundlage des Kooperationsvertrages stellt das Land für die Arbeit in der Regionalen Geschäftsstelle neben der sächlichen und personellen Ausstattung durch den Kreis „zusätzliches pädagogisches Personal im Umfang von 1,0 Stelle zur Verfügung“. Über die personelle Besetzung durch den Kreis wurde bereits entschieden. Wegen der angespannten Haushaltssituation werden die Aufgaben an bereits im Amt für Schule, Kultur und Weiterbildung tätiges Personal übertragen. Die Leitung der Regionalen Geschäftsstelle wurde Kreisamtsrätin Dorissen-Schröders übertragen.

Da es bisher der Bezirksregierung Köln nicht gelungen ist, die zusätzliche Landesstelle mit Pädagogen zu besetzen und sie beabsichtigt, die Stelle (2 x 0,5 Stellenanteile) neu auszuschreiben, kann mit einem Beginn der Kooperation erst zum Ende des Jahres 2010 gerechnet werden.

b) Schulpsychologische Beratungsstelle

Die Schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Heinsberg hat zum 01. April 2008 mit zwei Stellen ihre Arbeit aufgenommen. Auf der Grundlage der mit dem Land am 11.09.2007 getroffenen Vereinbarung wird je eine Stelle durch das Land NRW und durch den Kreis Heinsberg gestellt und finanziert. Die Landesstelle wurde seinerzeit mit Frau Hutzel besetzt, die im Frühjahr 2010 ausgeschieden ist. Diese Stelle konnte zum 01.08.2010 mit Frau Müller neu besetzt werden.

Auch die Kreisangestellte, Frau Dr. Maschmeier, wird zum 30.09.2010 aus dem Dienst des Kreises Heinsberg ausscheiden. Die Stelle wurde zwischenzeitlich zum 01.10.2010 ausgeschrieben; die Bewerbungsfrist endete am 27.08.2010. Insgesamt sind 10 Bewerbungen eingegangen. Es wird davon ausgegangen, dass das Auswahlverfahren gegen Ende des Monats abgeschlossen sein wird.

Zusätzlich beabsichtigt das Land, die Zahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen im Landesdienst zu erhöhen. Auf der Grundlage der Beschlüsse der politischen Gremien (Schulausschuss am 14.04.2010 und Kreisausschuss am 29.04.2010) hat der Kreis das Angebot des Landes, die Schulpsychologische Beratungsstelle des Kreises Heinsberg um eine zweite Landesstelle zum 01.08.2010 zu erweitern, angenommen. Von Seiten der Bezirksregierung Köln wurde auf Nachfrage mitgeteilt, dass das Auswahlverfahren derzeit noch nicht abgeschlossen sei. Mit Ergebnissen sei Ende Oktober/Anfang November zu rechnen. Die Unterbringung der Schulpsychologischen Beratungsstelle erfolgt zentral im Kreishaus.

c) Neuordnung der regionalen Strukturen der Wirtschaftsförderung in der Region Aachen - Düren - Euskirchen - Heinsberg

Mit Blick auf den Beschluss des Kreisausschusses vom 22.06.2010 möchte ich Ihnen den aktuellen Sachstand mitteilen:

Am 05.07.2010 haben die Hauptverwaltungsbeamten in der Region Aachen sowie die Hauptgeschäftsführer der Aachener Kammern den Fraktionsvorsitzenden der beteiligten Gebietskörperschaften sowie Vertretern des Regiorates einen Vorschlag zur Reform der regionalen Strukturen unterbreitet.

Kern des Vorschlages, der durch eine Arbeitsgruppe aus leitenden Mitarbeitern der beteiligten Institutionen erarbeitet wurde, ist die Zusammenführung der administrativen Strukturen resp. der Steuerungsgremien von AGIT mbH, REGIO Aachen e.V. sowie eine engere Zusammenarbeit der GründerRegion Aachen und StarterCenter. Ziele sind komprimierte Entscheidungsstrukturen, personelle und ggf. finanzielle Synergien sowie definierte Aufgabenfelder und Schnittstellen.

Nach eingehender Diskussion wurde im Konsens beschlossen, die Arbeitsgruppe um Vertreter der regionalen Politik zu erweitern und organisatorischen Veränderungen eine fundierte Aufgabenkritik voranzustellen.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung eines Positionspapiers der Fraktionsvorsitzenden des Regiorates hat die Arbeitsgruppe am 23.08.2010 in ihrer ersten Sitzung im Konsens festgestellt, dass:

- die angestrebte Reform nicht nur wirtschaftsfördernde, sondern auch sozio-kulturelle Themenfelder betrifft und der Arbeitstitel dementsprechend anzupassen ist (jetzt: Regionale Strukturreform),
- zunächst im Schwerpunkt eine Aufgabenkritik in den Handlungsfeldern der AGIT mbH, REGIO Aachen e.V. und GründerRegion Aachen/StarterCenter erfolgt,
- die Schnittstellen zu den strukturpolitischen Akteuren dargestellt werden, die unmittelbar im Austausch mit den genannten Einrichtungen stehen und
- die Schnittstellen zur lokalen Ebene keiner detaillierten Aufgabenkritik unterzogen werden, da hierzu einerseits das Mandat fehlt und andererseits die Komplexität zu hoch würde. Allerdings soll mit Blick auf diese Einrichtungen Verbesserungspotential benannt werden.

Die vereinbarte Aufgabenkritik wird auf Grundlage einer Vorlage zur Beschreibung und Eigenbewertung des aktuellen Aufgabenbestandes durch die verantwortlichen Geschäftsführungen erstellt. Die Vorlage ist auf schriftlichem Weg mit dem Angebot weitergehender Erläuterungen zur Vorgehensweise zugesandt worden.

Eine Beratung auf Grundlage der bis zum 15.10.2010 erbetenen Rückmeldungen erfolgt in einer weiteren AG-Sitzung Anfang November. Ziel ist, einen Handlungsvorschlag für die nächste Sitzung des Lenkungsgremiums (Fraktionsvorsitzenden der Gebietskörperschaften, Vertreter des Regiorates, Hauptverwaltungsbeamte und Hauptgeschäftsführer) im Dezember 2010 zu erarbeiten.

Vereinbart wurde zudem, allen relevanten politischen Gremien gleichlautende Mitteilungsvorlagen zur Kenntnis zu geben.“

Antwort des Landrats auf die Anfrage der GRÜNE-Fraktion betr. „Kerosinunfall auf dem AWACS-Flugplatz“ vom 10.09.2010

Die o. a. Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu Frage 1:

Ist eine Gefährdung des Grundwassers auszuschließen?

Bei derartigen Unfällen sind Gefährdungen des Grundwassers nie gänzlich auszuschließen. Im vorl. Fall wurde jedoch nach bekannt werden des Unfalls unverzüglich mit Sanierungsarbeiten begonnen. Nach gutachterlicher Ermittlung des Kontaminationsbereichs wurde Boden in einer Menge von ca. 600 m³, dies entspricht rund 1.000 t, entnommen und sicher zwischengelagert. Dadurch wurden bereits ca. 75 % des Kerosins aus dem Schadensbereich entfernt. Die Restsanierung erfolgt durch eine aktive Boden-Luft-Sanierung und unter Zugabe von Nährsalzen zur Forcierung des natürlichen Abbaus der Kohlenwasserstoffe durch Mikroorganismen. Ziel der Sanierung ist es, dass die Schadstoffe aus dem Boden entfernt werden, und es somit zu keiner Grundwasserverunreinigung kommt.

zu Frage 2:

Warum wurde das Verbandswasserwerk nicht informiert?

Die Weitergabe von Meldungen richtet sich nach dem Umweltalarmplan des Kreises Heinsberg. Danach ist vorgesehen, dass u. a. die Wasserwerke bei „Betroffenheit“ unverzüglich zu informieren sind. Im vorl. Fall sind die Anlagen des Verbandswasserwerkes Gangelt in keiner Weise berührt. Eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung besteht nicht und hat auch zu keinem Zeitpunkt bestanden, da das Verbandswasserwerk das Trinkwasser aus einem tieferen Grundwasserstockwerk fördert und zudem noch eine Trennung zwischen den Grundwasserstockwerken besteht.

zu Frage 3:

Warum wurden die betroffenen Kommunen nicht informiert?

Betroffene Kommunen sind grundsätzlich innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zu informieren. Der Flugplatz Teveren unterliegt dem Hoheitsbereich der NATO. Hier haben deutsche Kommunalbehörden grundsätzlich keine hoheitlichen Befugnisse hinsichtlich der zwangsweisen Durchsetzung deutschen Rechts. Gleichwohl findet deutsches Recht in der NATO-Liegenschaft Anwendung, jedoch nur in Zusammenarbeit und im Benehmen mit den Behörden der Truppe. So wurde und wird die untere Wasser-/Bodenschutzbehörde aufgrund ihrer speziellen Kenntnisse und ihrer grundsätzlichen Schutzfunktion für Boden und Wasser eingebunden. Die Zusammenarbeit mit der NATO und den zuständigen Behörden verläuft völlig reibungslos und vertrauensvoll.

zu Frage 4:

Was wird in Zukunft unternommen, um einen besseren Informationsfluss zu gewährleisten?

Grundsätzlich ist der Informationsfluss zwischen den betroffenen Stellen geregelt und findet auch statt. Insbesondere mit den Städten und Gemeinden im Kreis Heinsberg findet regelmäßig ein Informationsaustausch auf kurzem Wege in vielen Arbeitsbereichen statt. Ein grundsätzliches Problem in der Informationspolitik wird daher nicht gesehen. Aufgrund der überschaubaren Dimension des Unfalls, der unverzüglich angelaufenen Schadensbehebung, der Tatsache, dass die Trinkwasserversorgung des Verbandswasserwerkes Gangelt nicht beeinträchtigt wurde, sowie wegen der speziellen Zuständigkeiten nach NATO-Truppenstatut wurde im vorl. Fall von einer Weitergabe der Schadensmeldung abgesehen.

zu Frage 5:

Hat es in den in den letzten Jahren auf dem Flugplatzgelände oder in der Nähe weitere Vorfälle gegeben, die Auswirkungen auf die Umwelt gehabt haben und wenn ja, wie viele?

Im September 1998 wurde festgestellt, dass aus einer defekten Leitung Kerosin ausgetreten ist. Hierüber wurde in den Kreisausschusssitzungen am 05.11.1998 und 16.03.1999 berichtet. Dieses Kerosin ist auch in das Grundwasser gelangt und der Schaden wird seit dem mittels spezieller Verfahren saniert. Zwischen allen beteiligten Stellen finden regelmäßige Besprechungen statt, in denen über den Stand der Sanierung berichtet wird und Festlegungen für die weitere Schadensbehebung getroffen werden. Da es in diesem konkreten Fall - anders als in dem aktuell in Rede stehenden Schadensfall - zu einer Grundwasserverunreinigung gekommen ist, nehmen Vertreter des Verbandswasserwerkes Gangelt als Gäste an den Besprechungen teil. Als Zwischenfazit dieser voraussichtlich noch über viele Jahre laufenden Sanierung kann gesagt werden, dass auch hier eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und eine Beeinträchtigung des Verbandswasserwerkes Gangelt nicht zu besorgen ist.

Am 13.01.1999 stürzte bei Gangelt-Hohenbusch ein Tankflugzeug der US-Air Force ab. Die Absturzstelle lag im Einzugsbereich der niederländischen Trinkwassergewinnung Schinveld. Zum Zeitpunkt des Unglücks befanden sich rund 22.600 l Kerosin im Flugzeug. Ein Großteil dieses Kerosins ist bei der Explosion des Flugzeugs verbrannt. Die im Boden festgestellten Restbelastungen wurden durch einen vollständigen Bodenaustausch kurzfristig beseitigt. Ein Schaden für Grund- oder gar Trinkwasser entstand nicht.

Weitere Vorfälle sind nicht bekannt.